

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

20. April 2016

Sprecher Gert Bork
Mühlenweg 78
46486 Wesel
Telefon 0281 - 64355
g.bork@t-online.de

www.betuwe-niederrhein.de
www.betuwe-gefahr.de

Minister Dobrindt soll Herausgabe der Daten anordnen

Die Bahn soll endlich über die Menge der Züge informieren. Ohne diese Zahlen ist weder eine Beurteilung noch die Kontrolle oder Nachbesserung möglich.

Beim Ausbau unserer Gleis-Trasse „Betuwe“ zu einem Teil der wichtigsten europäischen Güterzugtrassen versuchen wir seit vielen Jahren, die Menge, die Länge und die Ladung der Züge auf unserem Abschnitt zu erfahren. Wir berufen uns dabei auf das Umweltinformationsgesetz UIG und verlangen die Daten zur täglichen, monatlichen und jährlichen Nutzung der Trasse in den letzten Jahren.

Nur wenn diese Daten offen liegen, ist überhaupt eine Bewertung der bisher geplanten Baumaßnahmen möglich. Daten zur Nutzung und Kapazität sind die Voraussetzung für Risiko-Einschätzungen und späterer Kontrolle, ob das Verhältnis von Lärmschutz und Sicherheit zum Transportvolumen noch passt oder nachgebessert werden muss.

Der Trassenbetreiber, die DB Netz AG, hat diese Daten, denn er berechnet nach diesen Zahlen die Trassen-Entgelte. Die DB Netz AG weigert sich jedoch regelmäßig, dieser gesetzlichen Verpflichtung zur Information nachzukommen, obwohl der Präsident des Eisenbahnbundesamtes, Herr Hörster uns die Verpflichtung der Bahn zur Bereitstellung der Daten schriftlich bestätigt hat. Wir werden hin und her verwiesen oder sollen Klagen erheben. Nachdem uns endlich das Eisenbahnbundesamt selber die Daten zugesagt hat, und wir auch die vom Amt geforderten Kosten von 500 Euro übernehmen wollten, erfolgte auch hier ein Rückzug. Was soll hier verborgen bleiben?

Mit beiliegendem Schreiben haben wir den Bundesminister gebeten, eine Anordnung gemäß § 13 Abs. 3 des Umweltinformationsgesetzes zu erlassen, die die DB Netz AG zur Auskunft verpflichtet. Wenn weiter eine Weigerung der DB Netz AG oder eine Verzögerung zu erkennen ist, fordern wir den Minister auf, mittels einer Verwaltungsvollstreckung die Herausgabe der Daten durchzusetzen.

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransporte sonst „unwirtschaftlich“ werden. Abnehmende Lebensqualität schädigt unsere Gemeinwesen. Der Lärmteppich reicht rechts und links der Gleise jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.